

Bundesminister Daniel Bahr

- (A) tionszielen orientieren. Das ist bisher nicht der Fall. Deswegen ist das eine Stärkung solcher Präventionsziele, wenn wir sie verbindlich ins Gesetz hineinschreiben und damit alle Maßnahmen des Sozialgesetzbuchs V an diese Präventionsziele binden.

(Zuruf des Abg. Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

– Zum Beispiel bei der Evaluation der Maßnahmen. Wir sehen ja – anders als bisher – vor, dass Präventionsmaßnahmen einen nachhaltigen Erfolg zeigen müssen und auch evaluiert werden. Da orientiert man sich natürlich an diesen Präventionszielen, um festzustellen, ob eine Präventionsmaßnahme Erfolg gebracht hat.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich frage nun, ob es noch Nachfragen zu anderen Themen der heutigen Kabinettsitzung gibt. – Das ist nicht der Fall. Möchte jemand darüber hinaus eine Frage an die Bundesregierung richten, die er nicht ohnehin schriftlich eingereicht hat? – Das ist glücklicherweise auch nicht der Fall. Damit ist die Regierungsbefragung abgeschlossen.

Dann kommen wir zu Tagesordnungspunkt 2:

Fragestunde

– Drucksachen 17/12763, 17/12811 –

Ich rufe zunächst die dringlichen Fragen auf.

- (B) Ich beginne mit dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Hier steht die Kollegin Parlamentarische Staatssekretärin Katherina Reiche zur Beantwortung einer Frage der Kollegin Cornelia Behm zur Verfügung.

Ich rufe die dringliche Frage 1 der Abgeordneten Cornelia Behm auf:

Trifft es zu, dass der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Peter Altmaier, wie *Der Spiegel* vom 18. März 2013 berichtet, noch im Laufe des Monats März unter anderem den Stopp von Förderprogrammen zur Elektromobilität, zur Entwicklung von Stromspeichern und für den Waldklimafonds bekannt geben will, und für welchen Zeitraum soll diese Streichung gegebenenfalls gelten?

Katherina Reiche, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Frau Kollegin Behm, ich beantworte Ihre Frage zum EKF, Energie- und Klimafonds, wie folgt: Die Einnahmen des Energie- und Klimafonds sind von der Höhe der Erlöse aus dem Emissionshandel abhängig. Gegenwärtig laufen die Beratungen innerhalb der Bundesregierung auf höchster Ebene.

Zum Thema Emissionshandel und auch zur Aufteilung der im Jahr 2013 zur Verfügung stehenden Finanzmittel: Das Ergebnis dieser Abstimmung gilt es abzuwarten. Erst dann herrscht Klarheit über die weitere finanzielle Ausstattung des EKF. Seitens der Bundesregierung wurde bislang kein Förderstopp verkündet. Ein solcher Schritt wäre zum jetzigen Zeitpunkt verfrüht.

Präsident Dr. Norbert Lammert:
Nachfrage?

(C)

Cornelia Behm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ja, gerne, Herr Präsident. – Vielen Dank für die Antwort. Es zeigt sich bei diesem Vorgang, wie absurd es eigentlich ist, notwendige Maßnahmen der Energiewende und des Klimaschutzes aus den Einnahmen des Emissionshandels zu finanzieren. Denn wenn der Emissionshandel funktioniert, dann ist das schon Anreiz für den Klimaschutz. Viel wichtiger wäre es gewesen, diese notwendigen Maßnahmen tatsächlich aus dem Haushalt zu finanzieren.

Insofern frage ich ganz konkret nach dem Waldklimafonds. Denn das ist, glaube ich, ein zentrales Thema beim Klimaschutz. Der Waldklimafonds ist mit 28 Millionen Euro nicht gerade ein sehr großer Brocken, aber es sind nach sehr langen Planungsphasen jetzt endlich Maßnahmen formuliert worden. Es kann losgehen. Da ist sehr viel Energie hineingeflossen.

Ich möchte gerne wissen, ob der Waldklimafonds, sollte es aufgrund der wegbrechenden Einnahmen zu Kürzungen oder zu einem Förderstopp kommen, dann aus dem Haushalt finanziert wird, damit alle geplanten Maßnahmen auch umgesetzt werden können.

Katherina Reiche, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Frau Kollegin Behm, zunächst teile ich Ihre grundsätzliche Einschätzung zur Bedeutung dieses Fonds. Die Frage zur Finanzierung, zur Zukunft und zum Start kann ich allerdings nicht beantworten, weil wir innerhalb der Ressorts über die Zukunft des EKF und die Ausfinanzierung der einzelnen Förderprogramme noch im Gespräch sind.

(D)

Präsident Dr. Norbert Lammert:
Weitere Nachfrage?

Cornelia Behm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ja. – Ein ganz wichtiges Programm im Rahmen des Klimaschutzes ist das Altbausanierungsprogramm. Ich würde gerne wissen, ob die Bundesregierung sicherstellen kann, dass das Altbausanierungsprogramm auf jeden Fall auf dem Stand weitergeführt werden kann. Oder müssen künftig junge Familien wie meine Kinder, die sich gerade im ländlichen Raum daranmachen, alte Gebäude klimafreundlich wiederherzurichten, um mit ihrer Familie dort zu wohnen, damit rechnen, dass sie für diese Maßnahmen kein Geld mehr bekommen und ein ganz entscheidender Punkt im Rahmen des Klimaschutzes wegbriecht?

Katherina Reiche, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Zum einen, Frau Kollegin Behm: Alle Mittel, die bislang im EKF abgebildet sind, sind Mittel, über die wir uns jetzt im Rahmen der Ressortbesprechungen mit dem

Parl. Staatssekretärin Katherina Reiche

- (A) Finanzministerium und allen anderen beteiligten Ressorts austauschen. Dazu kann ich noch keine Antwort geben. Insofern sind die Fragen nach den einzelnen Programmen jetzt nicht zu beantworten.

Eine andere Frage ist die nach der generellen Gebäudesanierung. Hier ist es so, dass die Bundesregierung die Mittel für die energetische Gebäudesanierung sicherstellen kann.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Frau Kofler, bitte.

Dr. Bärbel Kofler (SPD):

Ich hoffe, Frau Staatssekretärin, ich bekomme eine konkrete Antwort. Ich fand es leider sehr ausweichend, was Sie auf die Frage der Kollegin Behm geantwortet haben, die sich ursprünglich, wie ich das verstanden habe, auch auf die Meldungen im *Spiegel* aus dieser Woche bezogen hat. Der *Spiegel* hat gemeldet, dass 14 Einzelmaßnahmen aus dem Energie- und Klimafonds gestoppt worden sind. Ich habe dazu eine hübsche Liste, aus der man die Einzelmaßnahmen entnehmen kann, die gestoppt werden. Dazu gehört der angesprochene Waldklimafonds. Es geht aber auch um die Mini-Kraft-Wärme-Kopplung, das MAP und um Fragen der Klimaschutzanpassung, die meines Erachtens letzte Woche im Ausschuss noch anders beantwortet worden sind. Das heißt, es betrifft Unternehmen, Kommunen, Handwerker und Privatinvestoren. Es gibt eine schöne Liste, auf der steht: Zeitpunkt der Kommunikation für den Förderstopp im Laufe des März; für den gerade angesprochenen Waldklimafonds ist das Ende März.

(B)

Meine Frage lautet: Wann gibt es konkrete Aussagen, um welche Summen es geht und welche Programme betroffen sind? Wenn solche Listen in der Welt sind, dann, finde ich, ist es angebracht, dass das Parlament unterrichtet wird, um darüber diskutieren zu können.

Katherina Reiche, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Frau Kofler, der Bundesumweltminister hat in der letzten Ausschusssitzung sehr deutlich gemacht – auch auf Ihre Frage hin –, wie er selbst den EKF und den Emissionshandel einschätzt und dass er als Umweltminister alles daransetzt, Förderzusagen einzuhalten. Zu dem von Ihnen angesprochenen Mini-KWK-Programm ist zu sagen, dass die Mittel für dieses Programm aus der Nationalen Klimaschutzinitiative und hier überwiegend aus dem Haushalt kommen. Es gibt keinen Stopp, so wie Sie es gerade kommunizieren. Allerdings gibt das BAFA potenziellen Interessenten keine Neuzusagen. Vielmehr gilt jetzt, die schon gemachten Zusagen abzuarbeiten. Das ist aber kein Förderstopp, so wie Sie es gerade kommunizieren. Wir versuchen alles, um Mittel zu bekommen und den Klimaschutz weiter zu fördern.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Kollege Lehrieder.

Paul Lehrieder (CDU/CSU):

(C)

Frau Staatssekretärin Reiche, halten Sie eine Verbesserung des Klimaschutzes auch dann für möglich, wenn die bisher im Bundesrat bestehende Blockade der energetischen Gebäudesanierung durch die SPD-geführten Länder endlich aufgegeben wird und dann Maßnahmen betreffend sowohl den Klimaschutz als auch die Beschäftigung von Handwerkern, die die Kollegin ebenfalls gerade angesprochen hat, besser umgesetzt werden können?

Katherina Reiche, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Die Maßnahme der steuerlichen Absetzbarkeit der Kosten der energetischen Gebäudesanierung wäre äußerst sinnvoll und zielführend, weil ein investierter Euro einen Rückfluss von 8 Euro zur Folge hat. Da der Bundesrat mit der Mehrheit von SPD und Grünen dem nicht folgen möchte, ist die Umsetzung einer für den Klimaschutz in Deutschland wesentlichen Maßnahme nicht möglich.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Kollege Beck.

Volker Beck (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sie haben richtig geschildert, dass sich der Energie- und Klimafonds im Wesentlichen aus zwei Quellen speist: zum einen aus dem Verkauf der CO₂-Emissionszertifikate und zum anderen aus der Brennstabsteuer, aus der aber keine Einnahmen mehr erzielt werden können. Vor diesem Hintergrund hängen die Einnahmen insbesondere von den Preisen der Zertifikate ab, und das in einer Phase, in der aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung der CO₂-Ausstoß sowohl auf europäischer als auch auf globaler Ebene zurückgeht. Deshalb frage ich Sie: Wann wird die Bundesregierung ihren Widerstand gegen die Minderung der Preise der Treibhausgaszertifikate aufgeben, damit der Zertifikatehandel wieder Wirkung entfalten und der Energie- und Klimafonds die geplanten Einnahmen erhalten kann? Das war in dieser Woche auch Gesprächsgegenstand im Rahmen der Diskussion über die Energiepreise.

(D)

Katherina Reiche, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Herr Kollege Beck, wir brauchen auch ein Signal seitens der Europäischen Kommission. Auf europäischer Ebene ist noch nicht darüber entschieden, wie sich das Europäische Parlament verhalten wird. Mehrheiten sind hier nicht sicher. Wir sind mitten in einem Trilogverfahren, das komplizierte Abläufe auf europäischer Ebene mit sich bringt. Einen Wegweiser seitens des Europäischen Parlaments können wir nicht vor April, vielleicht auch erst im Mai erwarten. Ohne eine Position in Europa ist es schwierig, sich innerhalb Deutschlands zu positionieren. Der Minister hat im Umweltausschuss deutlich gemacht, dass, sobald diese Frage auf europäischer

Parl. Staatssekretärin Katherina Reiche

- (A) Ebene ansteht, auch Deutschland zu einer Haltung kommen und sich positionieren wird.

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Also, wir brauchen Europa, damit wir eine Meinung haben!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Kollege Miersch.

Dr. Matthias Miersch (SPD):

Frau Staatssekretärin, ich frage Sie auch in Anbetracht dessen, dass der Präsident des Deutschen Bundestages heute anwesend ist:

Sie haben eben auf die Frage der Kollegin Kofler wieder ausweichend geantwortet. Halten Sie es nicht für eine Missachtung des Deutschen Bundestages, wenn Sie hier weiterhin ausweichend antworten, wie es auch der Herr Bundesumweltminister im Ausschuss in der letzten Woche getan hat, obwohl in Ihrem Haus eine Liste existiert, auf der sehr genau und detailliert aufgeführt wird, bei welchen Programmen wann mit einem Förderstopp zu rechnen ist? In der Überschrift dieser Liste steht in Klammern: Kommunikation in Abhängigkeit des politisch-öffentlichen Drucks. – Wenn Sie bereits eine solche Liste haben, auf der detailliert aufgeführt ist, wann es zu einem Förderstopp welchen Programmes kommt, ist es dann nicht Aufgabe der Bundesregierung, die entsprechenden Fragen, wenn sie im Parlament gestellt werden, zu beantworten?

(B)

Katherina Reiche, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Zunächst ist es Aufgabe der Bundesregierung, sich intern abzustimmen

(Dr. Bärbel Kofler [SPD]: Schön! Machen Sie mal!)

und dafür zu sorgen, dass Finanzierungszusagen, wo es geht, eingehalten werden können, wissend um die Tatsache, dass allein Deutschland das Funktionieren des europäischen Emissionshandels und die Preise nicht beeinflussen können. Weil wir das nicht können – wir können den Preis für CO₂-Emissionen nicht beeinflussen –, sind wir in Verhandlungen, wie wir trotzdem Klimaschutzmaßnahmen aufrechterhalten können.

Die Listen, die irgendwo kursieren und auf die Sie sich beziehen, sagen noch lange nichts über das Bewirtschaftungsschreiben des BMF aus, auf das wir warten. Wir sind in Gesprächen. Solange das nicht geklärt ist – an der Klärung arbeiten wir –, werden wir keinen Förderstopp für einzelne Programme ausrufen. Insofern bitte ich, unsere Position zu respektieren.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Die nächste Nachfrage stellt der Kollege Fell.

Hans-Josef Fell (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): (C)

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Frau Staatssekretärin Reiche, Sie haben gesagt, es werde keinen Förderstopp bestehender Programme geben. Wir haben – erlauben Sie mir diese Bemerkung – aufgrund Ihrer ausweichenden Antworten erhebliche Zweifel daran. Aber ich möchte Sie zu dem Förderbeginn eines neuen Programmes fragen.

Es gab im letzten Sommer ein Ergebnis in den Verhandlungen des Vermittlungsausschusses zur Solargetsetznovelle. In diesen Verhandlungen hat die Bundesregierung die Vorschläge der Länder, der SPD und der Grünen abgelehnt, im EEG einen Speicherbonus für kleine Speicher bei den Solaranlagen zu verankern, und zwar mit dem Argument, die Bundesregierung werde ein Speicherprogramm auflegen und dieses bald in Kraft treten lassen. Wir wissen: Dieses Speicherprogramm ist ausgestaltet und fertig, aber wir warten seit Monaten auf den Beginn dieses Förderprogramms. Nun hören wir, dass es keine Mittel im EKF gibt, um dieses Förderprogramm auf den Weg zu bringen.

Daher frage ich Sie: Wann wird dieses Förderprogramm kommen? Um es deutlich zu machen: Was glauben Sie, welches Signal für kommende Verhandlungen im Vermittlungsausschuss an Bund, Länder und Fraktionen gesendet wird, wenn von der Bundesregierung zugesagte Programme nicht umgesetzt werden und damit der Beschluss des Vermittlungsausschusses letztendlich hinfällig wird?

Katherina Reiche, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: (D)

Zum Ersten wäre es sowieso klüger gewesen, die ursprünglichen Vorschläge des damaligen Bundesumweltministers Röttgen zu befolgen. Dann hätten wir jetzt nämlich eine verträglichere Situation bei der Photovoltaikförderung in Deutschland und hätten uns langwierige Verfahren und Unsicherheiten im Markt erspart.

Zum Zweiten gilt mit Blick auf den EKF auch hier, dass wir mit dem Finanzministerium in Ressortabstimmungen zum Bewirtschaftungsschreiben sind. Danach können wir Aussagen darüber machen, in welcher Form welches Programm weiterläuft.

(Hans-Josef Fell [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich habe Sie nach dem Förderbeginn gefragt!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Die nächste Frage stellt der Kollege Krischer.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Staatssekretärin, ich habe bereits in der vergangenen Woche Ihre Kollegin Heinen-Esser zu dem Thema Mini- und Mikro-KWK und Weiterführung des Programms befragt. Wir waren uns – so habe ich Ihre Kollegin in der vergangenen Woche verstanden – zumindest darin einig, dass man die Situation, soweit sie im Moment beurteilbar ist, den betroffenen Antragstellern

Oliver Krischer

- (A) kommuniziert, dass man zum Beispiel auf der Internetseite des BAFA einen deutlichen Hinweis gibt, wie es um die Finanzierung des Programms steht.

Ich habe gerade sowohl auf den Internetseiten des BMU als auch auf den -seiten des BAFA, des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle – es ist die bewilligende Stelle –, noch einmal nachgesehen: Dort gibt es keinerlei Hinweis darauf, dass es irgendein Problem mit der Finanzierung oder Ähnlichem geben könnte, dass also Förderanträge erst einmal zurückgestellt werden und dass man darüber später entscheidet. Meine Frage an Sie ist deshalb: Wann stellen Sie auf den Internetseiten des BMU und der zuständigen Bewilligungsbehörde endlich transparent und aktuell dar, womit Antragsteller im Bereich Mini- und Mikro-KWK-Programme und selbstverständlich auch der anderen Programme dann zu rechnen haben?

Vizepräsidentin Petra Pau:

Entschuldigung, Frau Staatssekretärin, warten Sie bitte einen Moment. – Ein Hinweis, nicht nur an den Kollegen Krischer, sondern an alle nachfolgenden fragenden Kollegen: Wenn das optische Signal auf Rot springt, ist damit nicht der Zeitpunkt gemeint, an dem Sie Ihre Frage einleiten, sondern Sie sollten an diesem Punkt das Fragezeichen an den Schluss Ihres Satzes setzen. – Bitte, Frau Staatssekretärin.

Katherina Reiche, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

- (B) Herr Kollege Krischer, ich glaube, Sie haben Frau Heinen-Esser entweder missinterpretiert oder falsch verstanden. Mir liegt vor, was Frau Heinen-Esser Ihnen in der letzten Woche geantwortet hat. Es hieß – sehr konkret –, dass über das Thema Emissionshandel und über die Aufteilung der Finanzmittel aus dem EKF gesprochen wird, dass das Ergebnis dieser Abstimmung abzuwarten ist, dass das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle für die Abwicklung des Mini-KWK-Programms zuständig ist und dass das BAFA bis zur Klärung der Mittelverteilung gebeten wurde, die Anträge anzunehmen, jedoch keine Grundbescheide zu erlassen, gerade um den – von Ihnen vermuteten und immer wieder unterstellten – Antragstopp zu vermeiden. Das hat Ihnen Frau Kollegin Heinen-Esser geantwortet, und das kann ich an dieser Stelle auch nur bestätigen.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Die nächste Nachfrage stellt die Kollegin Vogt.

Ute Vogt (SPD):

Frau Staatssekretärin, ich würde gern auf die Liste zurückkommen, die schon der Kollege Miersch angesprochen hat. Ich möchte Sie fragen, aus welchem Anlass diese Liste in Ihrem Hause erstellt worden ist und was es damit auf sich hat, dass dort sinngemäß von der Abhängigkeit vom politisch-öffentlichen Druck die Rede ist. Wie stehen Sie dazu, dass nach dieser Liste im Laufe des März praktisch fast alle Programme einem Förderstopp unterliegen? Was heißt das für Ihren konkreten Zeitplan?

Katherina Reiche, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: (C)

Frau Kollegin, ich nehme zu internen Vermerken und Hinweisen, wie sie in jedem Ministerium existieren, keine Stellung, solange es sich nicht um veröffentlichte Dokumente handelt; insofern gehe ich darauf nicht ein.

Ich verweise aber noch einmal darauf, dass wir mit den Fachressorts über die Ausfinanzierung der Programme verhandeln, dass wir laufenden Verpflichtungen nachgehen wollen, um die notwendigen Mittel zur Bewirtschaftung sicherzustellen. Zu allem anderen ist jetzt, glaube ich, bereits alles gesagt.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Nun die Nachfrage des Kollegen Schwabe.

Frank Schwabe (SPD):

Frau Staatssekretärin, wir reden ja nicht über irgendwas, sondern über, so hat es auch der Minister genannt, eines der Herzstücke der Energiewende. In der Tat müssen Sie nicht all das sagen, was Sie wissen. Aber wenn wir etwas wissen und bei Ihnen konkret nachfragen, dann müssen Sie als Mitglied der Bundesregierung hier natürlich schon, wie ich finde, wahrheitsgemäß antworten.

Ich frage Sie noch einmal: Kennen Sie persönlich ein Blatt mit der Überschrift „Anlage 3, Auswirkungen fehlender EKF-Mittel auf BMU-Programme“, mit Anweisungen, wie man mit öffentlichem Druck umzugehen hat, mit Anweisungen, wann man den Stopp von Förderprogrammen öffentlich zu kommunizieren hat? Können Sie ausschließen, dass es innerhalb der nächsten Wochen einen, womöglich nur teilweisen, Förderstopp für die 14 betroffenen Programme – ich will einige konkret benennen: Förderprogramm zum Waldklimafonds, zur Klimaschutzanpassung, zur Klima- und Biodiversität, zur Elektromobilität – geben wird? (D)

Katherina Reiche, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Die Existenz von Papieren und Überlegungen, in welchen Häusern auch immer, kann und will ich überhaupt nicht bestreiten; das habe ich auch nicht getan. Sie haben mich gefragt, auf welchem Stand wir sind und was wir unternehmen, um eine kritische Situation im EKF zu beheben. Diese Fragen habe ich beantwortet: dass wir mit den Ressorts verhandeln, dass wir uns um eine Stabilisierung der Einnahmesituation bemühen und dass wir vor allem laufende Förderprogramme sicherstellen wollen.

Noch einmal der Hinweis auf ein zu erwartendes Bewirtschaftungsschreiben: Wenn das vorliegt, können wir Ihnen Auskunft darüber geben, welche Maßnahmen in welchem Umfang zu welchem Zeitpunkt finanziert werden können.

(Ute Vogt [SPD]: Die Frage war, ob Sie das Papier kennen!)

Parl. Staatssekretärin Katherina Reiche

(A) – Die Frage habe ich beantwortet, Frau Vogt.

(Ute Vogt [SPD]: Deine Rede sei „ja, ja“ oder „nein, nein“!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Nach unseren Regeln ist es nicht möglich, hier in einen Austausch zu treten.

Zur letzten Nachfrage, Frau Kollegin Kottling-Uhl, bitte.

Sylvia Kottling-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Danke schön, Frau Präsidentin. – Meine Frage ist tatsächlich ganz kurz: Frau Staatssekretärin, habe ich Sie in Ihrer vorletzten Antwort richtig verstanden, dass eventuell sogar bereits im Bewilligungsverfahren befindliche Vorhaben gefährdet sind?

Katherina Reiche, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Sie haben mich hoffentlich so verstanden, Frau Kollegin Kottling-Uhl, dass wir sicherstellen wollen, dass getroffene Zusagen eingehalten werden und dass wir darüber hinaus so verhandeln, dass Förderprogramme stattfinden können.

(Hans-Josef Fell [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Also: Ja!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

(B) Danke, Frau Staatssekretärin.

Wir kommen nun zu den dringlichen Fragen zum Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen. Zur Beantwortung der Fragen steht der Parlamentarische Staatssekretär Steffen Kampeter zur Verfügung.

Ich rufe die dringliche Frage 2 des Kollegen Dr. Diether Dehm auf:

Zur Privatisierung welcher Unternehmen hat sich die zyprische Regierung in den Verhandlungen um die Kredite aus dem Europäischen Stabilitätsmechanismus, ESM, bereit erklärt, und welche Verpflichtungen beinhaltet diesbezüglich das neu verhandelte Memorandum of Understanding?

Bitte, Herr Staatssekretär.

Steffen Kampeter, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen:

Herr Kollege Dehm, in den noch laufenden Verhandlungen zwischen Zypern und den Euro-Staaten hat die zyprische Regierung zugesagt, die Privatisierungsbemühungen zu intensivieren, um mithilfe von Privatisierungserlösen den Finanzbedarf für ein Stabilisierungsprogramm in der Causa Zypern zu senken. Die zyprische Regierung hat dabei keine spezifischen Unternehmen genannt. Entgegen Ihrer Fragestellung gibt es auch noch kein neu verhandeltes Vertragswerk mit dem Titel „Memorandum of Understanding“.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Sie haben das Wort zur Nachfrage.

Dr. Diether Dehm (DIE LINKE):

(C)

Sie schließen also aus, dass bei einem solchen Memorandum of Understanding Gas eine strategische Rolle spielt?

Steffen Kampeter, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen:

Herr Kollege Dehm, diese Suggestivfrage möchte ich dahin gehend beantworten, dass über die Inhalte des Memorandum of Understanding im Detail keine Einigung erzielt worden ist. Die Beschlussfassung der Finanzminister der Euro-Gruppe vom vergangenen Sonntagfrüh ist eine politische Einigung, in der verschiedene Elemente angesprochen werden, unter anderem auch die Möglichkeit, über die Gasexploitation zu reden. Aber eine verbindliche spezielle Einigung liegt derzeit noch nicht vor.

Wie Sie wissen, hat das zyprische Parlament einem bestimmten Vorschlag, nämlich der Beteiligung von Depositionen zur Absenkung des Finanzbedarfs, bewusst nicht zugestimmt. Von daher sehen wir jetzt mit Interesse den konkreten Vorschlägen der in Zypern Verantwortlichen entgegen, wie sie den Eigenanteil von etwa 7 Milliarden Euro aufbringen können. Der bisher vorgeschlagene Weg ist Ihnen bekannt. Ob es Alternativen gibt, die das gleiche Ziel erreichen, bleibt abzuwarten. Der Ball liegt im Spielfeld der zyprischen Verantwortlichen.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Ihre zweite Nachfrage.

Dr. Diether Dehm (DIE LINKE):

(D)

Dann frage ich jetzt einmal den Geostrategen: Die Rolle des Themas Gas in der Entwicklung, die wir heute auch der Presse entnehmen, würden Sie also als eher gering und zu vernachlässigen einschätzen?

Steffen Kampeter, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen:

Herr Kollege Dehm, die Energieversorgung in Europa mit einem hohen Eigenanteil sicherzustellen, ist ein wichtiges Ziel. Dies wird auch dadurch deutlich, dass ehemalige höchste Repräsentanten der Bundesregierung sich bei diesem Thema ganz besonders engagieren – beispielsweise auf beiden Seiten der Pipelinevarianten. Von daher, glaube ich, wird in allen Fraktionen des Deutschen Bundestages gemeinsam die Auffassung vertreten, dass man das Notwendige tun muss, um die Energieversorgung dauerhaft stabil – auch mithilfe von Gaslieferungen aus verschiedenen Quellen – aufrechtzuerhalten.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Der Herr Kollege Ulrich hat ebenfalls eine Nachfrage. Bitte.

Alexander Ulrich (DIE LINKE):

Herr Staatssekretär, zu den Privatisierungen: Die Ursache der zyprischen Probleme sind ja gerade nicht defizitäre Staatsbetriebe, sondern eine Banken- bzw. Finanzkrise. Warum zwingt man Zypern also zu Privatisierungen von Staatsbetrieben, obwohl diese sogar